



Das leerstehende Gebäude Block 5 im denkmalgeschützten Komplex Prora: Einen Teil davon kauft das Land, um ein Ausstellungs- und Dokumentationszentrum zu eröffnen. FOTO SAUER/GPA

# MV kauft ein Stück Prora

In Prora boomt der Bau von Luxuswohnungen. Der letzte kleine Teil der als „Seebad der 20 000“ geplanten Mega-Anlage wurde vor zwei Jahren für ein Ausstellungs- und Dokumentationszentrum gesichert. Nun kommt offenbar Bewegung in die Sache.

Von Martina Rathke

**Prora.** Es sollte der ganz große Aufschlag werden: Nach der weitgehenden Umwandlung der ehemaligen Nazi-Anlage Prora auf der Insel Rügen in Hotels und Ferienwohnungen lagen vor zwei Jahren die ersten konkreten Pläne für ein Ausstellungs- und Dokumentationszentrum über das geschichtsträchtige Areal auf dem Tisch. Während der Bau von Luxuswohnungen weiter boomte, ist der Abschnitt für das Zentrum noch immer unsaniert. Von der Fassade blättert weiter der Putz. Immerhin: Die Fenster sind inzwischen mit Holzplatten vor weiterem Vandalismus geschützt.

Nun kommt offenbar Bewegung in die Sache. Nach langem Zögern will das Land den Abschnitt, in dem das Bildungs- und Dokumentationszentrum über die Gründungsgeschichte des einzigen „Kraft-durch-Freude“-Bades sowie die militärische Nutzung zu DDR-Zeiten entstehen soll, vom Landkreis kaufen. In Schwerin liegt eine entsprechende Kabinettsvorlage auf dem Tisch, die genau dies vorsieht. „Das Ausstellungs- und Dokumentationszentrum in Prora ist so eine bedeutende Aufgabe, die nicht auf die kreisliche Ebene gehört“, sagt Finanzstaatssekretär Heiko Miraf (SPD). Erwerben – so sieht es der Entwurf vor – will das Land das knapp 2000 Quadratmeter große Areal für einen symbolischen Euro.

Die Weichen dafür sollen im März gestellt werden.

Der Bund hatte den von den Nationalsozialisten als 4,5 Kilometer lange Freizeitanlage geplanten Komplex in unmittelbarer Strandlage ab 2004 an Privatinvestoren verkauft. Kritiker befürchteten, dass der Charakter der denkmalgeschützten Anlage als Mahnmal zweier Diktaturen verloren geht – zumal der Mietvertrag mit dem Dokumentationszentrum der Stiftung Neue Kultur nicht verlängert worden war. Im Herbst 2018 verkaufte dann der Landkreis Vorpommern-Rügen einen Großteil des Blockes an einen privaten Investor, weil er sich mit der Sanierung überfordert sah. Nur 70 Meter blieben für die Geschichte übrig.

Der Kreis ist froh, dass das Land nun in die Verantwortung tritt. „Prora ist kein Heimatmuseum, sondern eine überregional wirkende Gedenkstätte“, sagt Landrat Stefan Kerth (SPD). Dass sich der Kreis aus der Verantwortung stiehlt, will er nicht stehen lassen. „Wir bringen hier ein Grundstück in bester Lage ein, das man, ganz nüchtern betrachtet, auch hätte anders verkaufen können“, so Kerth.

Zwei Vereine hangelten sich in der Vergangenheit mit Projektgeldern von Jahr zu Jahr. Vor allem das Zentrum der Stiftung Neue Kultur, das mit seiner Ausstellung „Macht, Urlaub“ immerhin bis zu

## Nazi-Anlage nie im Betrieb

**Prora sollte** das erste von fünf geplanten KdF-Seebädern werden, mit einer Kapazität von 20 000 Pauschalurlaubern pro Durchgang. Mit der Bereitstellung von kostengünstigen Urlaubsplätzen sollte das Seebad ein wirksames Instrument zur ideologischen Beeinflussung im Sinne der NS-Volksgemeinschaft sein. Die auf 4,5 Kilometer Länge geplante Anlage direkt am Ostseestrand ging nie in Betrieb.

**Mit Kriegsausbruch** im Jahr 1939 wurden die Arbeitskräfte nach Peenemünde abgezogen.

**In der DDR** wurde das Areal durch die NVA genutzt. Hier befand sich der größte Bau-soldaten-Standort.

**Nach der Wende** trennte sich der Bund von der Immobilie. Eine riesige Privatisierungswelle begann.

**Schrittweise** wurde der denkmalgeschützte Komplex in Hotels und Ferienwohnungen umgewandelt.



Prora ist kein Heimatmuseum, sondern eine überregional wirkende Gedenkstätte.

Stefan Kerth (SPD)  
Landrat Vorpommern-Rügen

50 000 Besucher pro Jahr erreichte, bangte um seine Existenz. Das Zentrum wird seit Jahren vom Eigentümer in einem unsanierten Teil der Immobilie geduldet, während nebenan die Verkaufscantiner für den Verkauf von Wohnungen stehen. „Dass es endlich nach 30 Jahren einen festen Ort für die Geschichte Proras geben wird, der nicht hinterfragt wird, ist gut“, sagt Leiterin Katja Lucke. Dieser Ort sei angesichts des Baubooms und der Umformung der Anlage, die die Nationalsozialisten als ideologisches Instrument der Gleichschaltung der Massen zu einer Volksgemeinschaft nutzten, dringend erforderlich. „Inzwischen sehen sich die Leute die frisch sanierten Fronten an und sagen, ist doch eigentlich was Nettos, was die Nazis da geplant haben“, so Lucke. „Nein, das ist es nicht.“

Die Bundestagsabgeordnete Sonja Steffen (SPD) und Kerstin Kessner (Linke) hatten seit Jahren darauf gedrungen, dass der Bund mit ins Boot steigt. Immerhin 6,9 Millionen Euro steuert Berlin nun für das Zentrum bei. „Es geht voran, wenn auch langsam“, sagt Steffen. Dass auch drei Jahre nach dem Bekenntnis des Bundes noch immer nichts zu sehen sei, liege daran, dass viele Entscheidungen erforderlich waren. Nach einer ersten Mittelzusage im Jahr 2017 über 3,45 Millionen Euro gab das Land

grünes Licht für denselben Anteil. Dann stellte sich heraus, dass das Geld nicht reichte. Im Herbst 2020 schoss der Bund nochmals 3,45 Millionen Euro nach, das Land muss nun folgen. Wie Finanzstaatssekretär Miraf sagt, will das Land seinen Beitrag aus Zuweisungen finanzieren, die aus dem ehemaligen Vermögen der Parteien und Massenorganisationen der DDR stammen. Betrieben werden könnte das Zentrum über eine gGmbH oder eine Stiftung.

Mit den knapp 14 Millionen Euro sollen nun die sechs Ebenen mit einer Gesamtnutzfläche von 2700 Quadratmetern in der früheren Liegehalle des Blocks 5 saniert werden – ohne Balkone, ohne Edelputzfassade, dafür authentisch, wie Kessner sagt. Drei Ebenen sind für die Ausstellung reserviert, in der die drei Zeitabschnitte vom Nationalsozialismus, über die militärische Nutzung zu DDR-Zeiten und die Privatisierung der Anlage nach dem Mauerfall beleuchtet werden sollen. Auf dem Dach könnte eine Aussichtsplattform entstehen. Es wird der einzige Ort sein, an dem man die Gigantomane der Anlage erfassen kann. Geben Kabinetts und Landtag im Frühjahr grünes Licht, soll mit der Notsicherung und den Planungen begonnen werden. Fünf Jahre bis zur Eröffnung – das sieht Miraf als einen realistischen Zeithorizont an.